

## Einstimmig aufs Abstellgleis

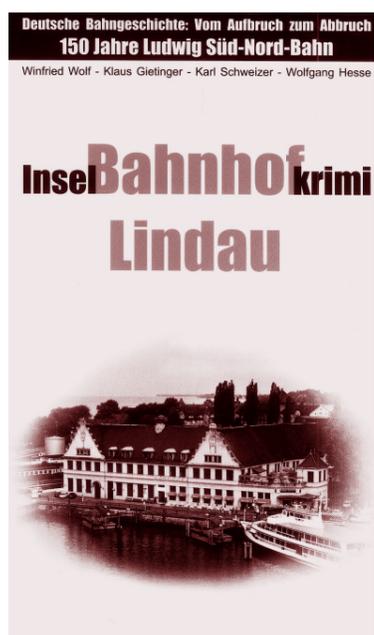
# Ein Bärenienst für Lindau und den Hauptbahnhof?

Am 15. Januar 2004 beschloss Lindaus Stadtrat einstimmig seinen juristischen Einspruch gegen die vom DB-Management eingereichten Pläne zu einem neuen Lindauer Personenbahnhof in Reutin. Dem waren in der öffentlichen Sitzung aufschlussreiche und fundierte Stellungnahmen städtischer und externer Fachleute zu den Plänen und deren Auswirkungen auf Lindau vorher gegangen.

Die gut 200 Anwesenden in der Inselhalle horchten auf, mit welcher Deutlichkeit und bestechender Logik die Experten beinahe einstimmig die Gefahren, Zerstörungspotentiale und Widersinnigkeiten der DB-Planungen erläuterten. Erleichterung machte sich unter den als „Anlieger“ bezeichneten Menschen und den grundsätzlichen GegnerInnen der Bahnhofsverlegungspläne breit. Diese schlug zwei Stunden später in vorübergehende Verwirrung, Kopfschütteln und nachhaltige Bestürzung darüber um, was anschließend als „Lindauer Alternativplanung innerhalb des Planfeststellungsverfahrens“ von Fachanwalt Prof. Dr. Birk und der Freien Planungsgruppe 7, beide aus Stuttgart, vorgetragen und in den einstimmigen Stadtratsbeschluss übernommen wurde. Sollte das Management der DB AG dieses „Lindauer Stadtratskonzept“ während oder nach dem mündlichen Anhörungsverfahren vom 19. bis 23. April übernehmen, so würden der Lindauer Bahnhof und der ZUP des Stadtbusses nach Reutin verlegt, auf der Insel verbliebe vorläufig ein kleiner gesichtsloser Haltepunkt für einen Bruchteil der bisherigen Züge im Bereich zwischen Postamt und Thierschbrücke und das DB-Management könnte den Lindauer Stadtrat als Zustimmungsgremium landauf und landab vorführen. Der Lindauer Löwe läge endgültig als Bettvorleger am Boden.

Ein tatsächlich eigenständiges Stadtratskonzept zur Erhaltung des Hauptbahnhofes auf der Insel in moderner Form außerhalb des juristisch engen Schranken des Planfeststellungsverfahrens der DB AG scheiterte bis heute an jener Stadtratschälfte, die bisher grundsätzlich selbst für eine Verlegung nach Reutin war. Einige der vielen Widersinnigkeiten des am 15. Januar beschlossenen Konzeptes sind folgende:

- Auch nach diesem Konzept würde die Zahl der die Stadt dann durchkreuzenden Züge sich von heute 100% auf dann 334% steigern, mit allen Folgen bezüglich Lärm, Abgasen und der Sperrriegelwirkung der dann notwendigen Abwehrmaßnahmen.
- Der zentrale Umsteigepunkt ZUP des Stadtbusses an einem zukünftigen Reutiner Bahnhof würde die bisherige Zahl an Bushaltestellen im westlichen und nordwestlichen Stadtgebiet verringern, damit der Halbstunden-Takt insgesamt beibehalten werden könnte.



**Unser Buchtipp zum Thema:**  
**Winfried Wolf u.a.: „Inselkrimi Bahnhof Lindau“, Lindau 2004 ISBN 3-922504-44-2; 9,80 Euro in Lindaus Buchhandlungen.**

- Die Stadt begäbe sich in dreifache finanzielle und planerische Abhängigkeit vom DB-Management, um neben den gewünschten Flächen für die Gartenschau 2017 nördlich der Ladestraße auch noch Grund für den neuen ZUP auf ehemaligem Reutiner Bahngelände und Grund für eine neue Straße auf die Hintere Insel kaufen zu können.
- Die Thierschbrücke zur Hintere Insel soll nach diesem Konzept nicht durch eine neue und leistungsfähigere ersetzt werden, sondern abgerissen werden, um dann auf teuer von der Bahn erworbenem Grund eine neue Straße westlich des „Filmpalastes“ und dem alten Postgebäude und bei diesem im rechten Winkel zur Hintere Insel bauen zu können. Teurer Boden in „bester Citylage“ müsste dann von der finanzschwachen Stadt Lindau bei der DB AG gekauft und zu banaler Straßenfläche umgebaut werden. Das Resultat wäre lediglich, dass die bisherige Anbindung der rund 300 BewohnerInnen der Hintere Insel statt über die Thierschbrücke, dann durch eine Straße auf teurer ehemaliger Bahnfläche ersetzt würde.
- Die Erreichbarkeit des Lindauer Zentrums auf der Insel wäre nach diesem Konzept nur noch mit einer gewissen Anzahl der Züge aus Friedrichshafen und Bregenz möglich. Die Reisenden in den Zügen aus dem Landkreis Lindau, aus dem Allgäu, aus Augsburg und München müssten zuerst nach Reutin fahren, um dort zu warten und in jene Bregenzer Züge umzusteigen, welche dann noch auf die Insel fahren. Neben einer abschreckenden Wirkung auf einen Teil der Zugreisenden würde sich damit der Freistaat Bayern als Hauptfinanzier und Besteller des Regionalverkehrs mit Bundesmitteln aus diesem Teil der Finanzierung der Inselzufahrt verabschieden können.
- In Aeschach am „Holben“ sollen dann mehrteilige Triebwagenzüge aus Friedrichshafen „geflügelt“, also in jene Teile getrennt werden, die teils nach Reutin und teils auf die Insel fahren würden. Doch woher soll das Personal kommen, das dort diese Entkupplung und Zusammenkupplung bei Hin- und Rückfahrt der Teilzüge sachgemäß erledigt? Woher sollen außerdem dort die zusätzlichen Lokführer kommen, um dann beide Teilzüge zu fahren? Wer soll diese Zusatzkosten bezahlen? Und: Wer von den Bahnreisenden soll kapieren, ob er im richtigen Zugteil sitzt?
- Spätestens hier erfüllen diese Pläne Prof. Birks, der Planungsgruppe 7 und des Stadtrates die selbst gegebene Vorgabe nicht mehr, wenigstens jene Probleme ohne Zusatzkosten lösen zu können, die selbst erzeugt wurden.

## Hört, hört:

Auf dem Lindauer Eisenbahnkongress Anfang März wurde bekannt, dass Prof. Birk in Stuttgart einer der leitenden Fachanwälte ist, welche die baden-württembergische Landesregierung dabei beraten, wie die Enteignungen der Bauern und Gemeinden auf den Filderflächen zum Bau eines neuen Messeareals beim Flughafen juristisch abgesichert vorgenommen werden können, ohne dass das unerwünschte Wort „Enteignung“ verwendet werden muss.

Ein von der DB AG an die Stadt Lindau Ende Oktober 2003 zugesandter Vertragsentwurf ergänzend zum Planfeststellungsverfahren sieht passend zum Stadtratsbeschluss vom 15. Januar u.a. vor,

- die „optimale Verwertung frei werdender Bahnflächen auf der Insel Lindau und in Lindau-Reutin im Einvernehmen mit den wirtschaftlichen Zielen der Bahn und den städtischen Entwicklungszielen der Stadt Lindau...“ und
- die „Sicherung und Bereitstellung der für den neuen Inselhalt benötigten Fläche ... in einem Ausmaß von ungefähr 0,4 ha.“ Die derzeitigen Bahnflächen auf der Insel betragen rund 9,5 ha. Etwa die Hälfte davon wären auch in Zukunft für einen modernen und tatsächlich kundenfreundlich funktionierenden Bahnhof auf der Insel nötig.

Vielleicht hat Lindaus Stadtrat ja noch die Kraft, selbst gemachte Fehlentscheidungen einzusehen und durch ein eigenes Bahnhofs- und Haltestellenkonzept mit einem modernisierten Hauptbahnhof auf der Insel zu ersetzen, bevor ihn diverse Abhängigkeiten von der Spitze der DB AG auf deren Schussfahrt zu einer Börsenpleite handlungsunfähig werden lassen.

Wie bemerkte Kurt Tucholsky doch 1931 in *Schloss Gripsholm*: „Und dann hielt das Auto da, wo alle besseren Geschichten anfangen: am Bahnhof.“

Karl Schweizer



Einfach erste Klasse, unser Inselbahnhof

## Zuviel Lob?

# Lindauer Zeitung streicht „Bunte Liste“ aus einem Leserbrief!

Das eigentliche Hauptanliegen meines Leserinnenbriefes bezüglich der Krankenhausprivatisierung wurde in der Lindauer Zeitung nicht abgedruckt. Begründung: Werbung für eine politische Gruppierung. Ich habe darin eher einen Hinweis gesehen, wo wir als Bürgerinnen und Bürger Alternativen und Hintergrundwissen für aktuelle kommunalpolitische Prozesse erwerben können, um dann informiert Unterschriften zu tätigen oder dies zu unterlassen. Außerdem ist eine Würdigung dieser Arbeit durchaus angebracht.

## Besagter Passus lautete folgendermaßen:

In den vergangenen Tagen habe ich als Lindauer Bürgerin drei kommunalpolitische Veranstaltungen besucht: Zwei Abende in Sachen Krankenhausprivatisierung und die öffentliche Stadtratsitzung zur Bahnhofsfrage. Dort konnte ich aus dem Munde von Kreistags- zum einen und von Stadtratsmitgliedern zum anderen vernehmen, dass sie in beiden Entscheidungsprozessen zurückrudern wollen. Es stellte sich heraus, dass letztendlich die engagierte, recherchierende und anpackende politische Arbeit der „Bunten“, die jeden Sonntagabend im „Haus der Dialoge“ zusammenkommen, den Anstoß für neue Einsichten und ein Umdenken in Sachen „Krankenhaus“ gegeben hat. „Wir tappten bisher im Dunkeln“ war da z.B. zu hören und so erwiesenermaßen nicht nur mir als politischer Laie Augen und Ohren geöffnet. Und bei der Stadtratsitzung in Sachen „Bahnhofsstandort“ wurde meines Erachtens ebenso deutlich, dass die Bunte Liste auch hier von Anfang an politischen Weitblick, Sachverstand und Nachhaltigkeitsdenken besessen hat.

In der nächsten Zeit werden uns Informationen und Einladungen erreichen, die sowohl „Krankenhaus“ als auch „Bahnhof“ behandeln. Aber die Zeit drängt! Deshalb: Machen Sie sich, macht Euch auf die Socken und kundig, Lindauer und Lindauerinnen! Es ist notwendig, dass wir Pro und Kontra abwägen, um an die politisch Verantwortlichen unsere Vorstellungen und Forderungen heranzutragen, bevor die „Züge abgefahren sind.“

Sibylle Gasch

## Impressum

V.i.S.d.P.: KarlHeinz Brombeis, Bismarckplatz 1-2, 88131 Lindau  
 Auflage: 10.000 Exemplare, www.bunteliste.de  
 Gestaltung: monomer - Produktion: Druckerei Kleb